

Rollberge im Aufruhr 2
Mieterinitiative wehrt sich

„Laib und Seele“ 3
Die Superintendentin im Gespräch

Die neue soziale Idee

Sozialen und ökologischen Umbau befördern

WiR sprach mit **Udo Wolf**, dem neuen Vorsitzenden der Fraktion **DIE LINKE** im Berliner Abgeordnetenhaus und Mitautor des Strategiepapiers „Mit sozialem Fortschritt aus der Krise“.

Udo, hat zwei Jahre rot-rotes Regierungshandeln in Berlin nachhaltige Effekte für ein zukunftsfähiges, soziales Berlin gebracht?

Eindeutig: Ja. Unsere Referenzprojekte wie die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors oder die Pilotphase der Gemeinschaftsschule sind erfolgreich gestartet. Wir sind die ersten, die tragfähige Integrationskonzepte entwickelt haben. Und wir haben es geschafft, einen ausgeglichenen Primärhaushalt zu erreichen. Das sind Themen, die inzwischen auch andere Landesverbände der **LINKEN** aufgegriffen und in Wahlkämpfen erfolgreich umgesetzt haben. Aber natürlich ist die Entwicklung der Stadt, spätestens seit dem Durchschlagen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Landesebene, nach wie vor widersprüchlich. Deshalb ist uns wichtig - auch gemeinsam mit der SPD - weitere Themen, die über 2011 hinausweisen, anzupacken. Wir müssen und wollen deutlich machen, dass eine linke Stadtregierung die bessere Lösung für Berlin ist und bleibt.

Welche Themen will die LINKE in Berlin als Schwerpunkte aufgreifen?

Der Wohnungsmarkt als soziale Komponente ist in einer schwierigen Situation. Hier gilt es, für Mietobergrenzen, die Stärkung der kommunalen Wohnungswirtschaft, die Modernisierung der „Ausführungsvorschriften Wohnen“ zu streiten. Der öffentliche Dienst Berlins muss

zukunftsfest gestaltet werden, die Beschäftigten sollen nun auch eine finanzielle Anerkennung ihres Konsolidierungsbeitrages zum Finanzhaushalt bekommen.

Wir müssen und wollen die Frage diskutieren, wie die soziale, ökonomische und kulturelle Infrastruktur zukünftig ausgestaltet werden soll. Dazu gehört natürlich das Nachdenken über die Leistungsverbesserungen bzw. Rekommunalisierung von Unternehmen der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Hier seien beispielsweise die S-Bahn und die Wasserbetriebe genannt.

Welche Rolle spielt die Umwelt- und Klimaschutzpolitik für die LINKE? Was ist die „neue, soziale Idee“?

Klimaschutz- und Energiepolitik sind in einer Großstadt immer zusammen zu denken und zu entwickeln. Ressortübergreifendes Handeln kennzeichnet unsere Politik

des sozial-ökologischen Umbaus Berlins. Aber: Fortschritt und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Es kommt darauf an, ökologische Nachhaltigkeitspolitik mit einer neuen sozialen Idee zu verbinden. Hier kommen u. a. der energetischen Gebäudesanierung und dem öffentlichen Nahverkehr Schlüsselrollen zu.

Ohne die ökologische ist eine soziale Gerechtigkeit zukünftig kaum vorstellbar. Es gilt, die soziale und kulturelle Infrastruktur krisenfest zu sichern und die Potentiale der Stadt zu entwickeln. Hier könnte auch der gemeinsame Nenner zwischen SPD, den Grünen und der **LINKEN** liegen.

*Das Interview führte
Jürgen Schimrock*



Udo Wolf ist seit 2001 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und seit dem 6. Oktober 2009 Vorsitzender der Linksfraktion

Das Strategiepapier der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist zu finden unter: www.linksfraktion-berlin.de/politik/presse



Die Rollberge in Aufruhr

Mieterinitiative wehrt sich gegen die GSW

Der Verkauf der GSW an die US-Finanzinvestoren Cerberus und Whitehall war vermutlich die größte Kröte, die die damalige PDS 2004 in der ersten Legislaturperiode von Rot-Rot in Berlin schlucken musste. Zwar hat der Senat damals in den Verkaufsvertrag Klauseln hineingeschrieben, die verhindern sollten, dass die Mieter von der Heuschrecke ausgeplündert werden. Doch wie wirksam diese sind oder eben nicht, zeigt sich erst später.

Zur GSW gehört auch die Rollbergesiedlung in Waidmannslust. Dort hat sich eine Mieterinitiative (MI) gegründet, die gegen überhöhte Betriebskosten kämpft. Nachforderungen in vierstelliger Höhe waren keine Ausnahme. Den Mietern fielen u.a. Rundungsfehler und falsche Überträge auf. Der Leerstand von Wohnungen wurde verschleiert.

Die GSW-Ombudsfrau, Ex-Senatorin Stahmer (SPD), bot der Initiative bereits 35 000 Euro an, wenn dann Ruhe wäre. Damit sollten langwierige Einzelfallprüfungen vermieden werden. Von bisher 50 eingeleiteten Verfahren hat die MI aber schon 26 in erster Instanz gewonnen.

Bei Mietern, die Hartz-IV beziehen, zahlt der Steuerzahler die Ze-

che. Leider prüfen die Job Center nicht von sich aus die Betriebskosten. Dafür fehlen die Kapazitäten.

Wolfgang Dangel von der MI ging in die Öffentlichkeit. In mehreren Zeitungsartikeln wurde über die Lage berichtet. Am 19. September fand eine Mieterversammlung in der Rollbergesiedlung statt, zu der mehrere hundert Mieter der GSW aus ganz Berlin kamen. Frank Steffel (MdB, CDU) lud am 9. Oktober zu einem Runden Tisch ins Rathaus. Mit dem Ergebnis ist Wolfgang Dangel aber noch nicht zufrieden.

Das wohnungspolitische Programm der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, das er von Felix Lederle (*DIE LINKE*) erhielt, gefällt ihm dagegen gut. Uwe Doering, wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, wird nunmehr einige parlamentarische Anfragen zum Gebaren der GSW stellen. *DIE LINKE* wird dran bleiben.

Das Soziale Wohnen ist ein Schwerpunkt der Linksfraktion in den nächsten Jahren. Mietrecht ist aber Bundesangelegenheit und die neue Bundesregierung hat vor, die Rechte der Vermieter gegenüber den Mietern zu stärken – statt umgekehrt!

Lutz Dühr, Mitglied der LAG Städtebau und Wohnungspolitik

BVV-Splitter

34. Sitzung, 14.10.2009

Nach zwei Sondersitzungen im September (Haushalt 2010/2011, Neuwahl des Bezirksbürgermeisters) hatte die BVV im Oktober viel nachzuholen. Was übrig blieb, reichte für eine interessante Sitzung.

Die Einwohnerfrage: Herr Peckny fragte, ob die **Tagesklinik der Wiesengrundschule** geschlossen werde und wo Betroffene künftig betreut würden. Gesundheitsstadtrat Höhne (SPD) erklärte, dass der Standort nicht geschlossen werde.

Mündliche Anfragen: Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Uwe Brockhausen fragte: „Hält das Bezirksamt die geplante weitere Nutzung des **Flughafens Tegel** als **Regierungsflughafen über 2011 hinaus für sinnvoll?**“ Der neu gewählte Baustadtrat Martin Lambert (CDU) erklärte, dass das Bezirksamt dies nicht für sinnvoll halte. Er verwies auf den Konsensbeschluss von 1996. Dies sei eine politische Entscheidung gewesen, die man nicht mehr anfechten solle.

Große Anfragen (GA): Die SPD-Fraktion wollte wissen: „**Wie geht es weiter im Fusionsprozess der Erpelgrundschule und der Heiligenseegrundschule?**“ (Drs.-Nr.: 0949/XVIII). Frau Schultze-Berndt führte in ihrer Antwort aus, dass der Prozess grundsätzlich positiv bewertet werde. Lediglich die Langsamkeit des Prozesses werde kritisch gesehen. Frau Borsky-Tausch (SPD) äußerte Zweifel, da es wohl den Eltern und Lehrern beider Schulen schwer falle, auf einander zuzugehen. Herr von Marschall sah das ähnlich und kritisierte die Schulverwaltung, dass diese zu wenig tue, um die Bedenken der Eltern und Lehrer beider Schulen abzubauen. Der Schulausschuss wird sich weiter mit dem Problem befassen.

Die Grünen stellten eine GA zum Thema „**Weiterentwicklung der Hauptschulen**“ (Drs.-Nr.: 0955/XVIII). In ihrer Antwort bekräftigte Frau Schultze-Berndt ihre Ablehnung der Schulstrukturreform. Die CDU verteidigte die „schulpolitische Geisterfahrt“ der selbst ernannten CDU-Bildungsexpertin und Reinickendorfer Schulstadträtin. Herr von Marschall kritisierte das Bezirksamt dafür, dass es die Schulreform mit einem Jahr Verspätung nachvollziehe und so die Hauptschüler in Reinickendorf zum Spielball von Parteipolitik mache.

Michael Rohr

Der vollständige Text des Artikel, weitere Links zur Mieterversammlung und zur Wohnungspolitik der LINKEN unter:

www.die-linke-reinickendorf.de/politik/wir_in_reinickendorf/2009/11/wir_in_reinickendorf_112009



Solidarität mit den OTIS-Beschäftigten

„Wir sind nicht Arcandor, wir sind noch nicht Pleite, aber auf dem besten Weg dahin“ waren die Worte des Betriebsrats-Vorsitzenden der OTIS-Hauptverwaltung während der Demonstration von 1000 OTIS-Beschäftigten am 4. November vor der OTIS-Zentrale in Reinickendorf. Zu-

vor demonstrierten über 300 OTIS-Fahrzeuge aus dem gesamten Bundesgebiet mit Verkäufern und Monteuren in einem Autocorso vom Olympiastadion zur Otisstrasse.

In der Hauptverwaltung soll jeder vierte Arbeitsplatz gestrichen werden, weitere in den OTIS-Niederlassungen und Werk Berlin, 200 von ca. 2600. Nun geht es nach jahrelangem Personalabbau ans Kerngeschäft des Aufzugsbauers. OTIS geht es mit einer Umsatzrendite von 18 Prozent im letzten Geschäftsjahr nicht schlecht, jetzt soll diese aber auf über 20 Prozent erhöht werden.

DIE LINKE brachte ihre Solidarität mit den Beschäftigten zum Ausdruck. An der Kundgebung nahmen Felix Lederle, Mitglied des Landesvorstands der *LINKEN* Berlin, Klaus Gloede, stellvertretender Vorsitzender der *LINKEN* Reinickendorf, und weitere Mitglieder der *LINKEN*

Klaus Murawski

Felix Lederle mit OTIS-Betriebsrat Klaus Murawski

Foto: Andreas Odebrecht



Glücklicher wäre ich, wäre die Tafel überflüssig

Ein Gespräch mit Superintendentin Beate Hornschuh-Böhm, Kirchenkreis Reinickendorf

Frau Hornschuh-Böhm, im Kirchenkreis Reinickendorf wird eine umfangreiche und vielseitige Sozialarbeit geleistet. Welche Entwicklungen zeigen sich dabei?

Der Bedarf an Hilfe für in Not geratene Menschen steigt. Wir haben 2004 in Zusammenarbeit mit der Berliner Tafel Stellen eingerichtet, wo Hartz-IV-Empfänger und andere Bedürftige einmal in der Woche zusätzliche Lebensmittel gegen einen Euro kaufen können. Hier in Alt Wittenau hatten wir damals 40 bis 50 Ausgaben, heute sind es etwa 300. Ich bin den vielen Helfern sehr dankbar, die das ermöglichen, und bin stolz auf sie. Aber glücklicher wäre ich, wäre die Tafel überflüssig.

Das höhere Ziel unseres christlichen Engagements sollte es sein, dass Menschen mit ihren Begabungen selbst für ihr Leben sorgen können oder so versorgt sind, dass sie in Würde leben und an der Gesellschaft teilhaben können.

Zur Bedürftigkeit kommt eben oft noch soziale Vereinsamung hinzu. Das beginnt manchmal schon damit, dass Kinder die Einladung zum Geburtstag eines anderen Kindes nicht annehmen, weil sie kein Geschenk mitbringen können. Wir bitten übrigens gerade jetzt in der Vorweihnachtszeit vor Kaufhallen, „kauf eins mehr“ (und gib es uns für die Tafel), damit Menschen etwas Zusätzliches zum Verschenken haben.

Im Mittelalter gab es einmal die Vorstellung, wir brauchen die Armen, damit die Reichen an ihnen Gutes tun können. Das klingt zynisch, aber vielleicht konnte man sich damals nicht vorstellen, dass Armut vermeidbar ist.

Ich halte es für möglich und notwendig. Nach dem biblischen Menschenbild, das uns leitet, ist der Mensch das Ebenbild Gottes, ihm gebühren Achtung und Respekt, er ist an Leib und Leben unantastbar. Dafür muss er nichts tun, es gebührt ihm, weil es ihn gibt. Davon abgeleitet ist die Frage, wie Menschen

miteinander umgehen sollen für ein friedvolles und gerechtes Zusammenleben; der Leitfaden sind die zehn Gebote. Es ist übrigens interessant, dass in der Bibel die Gerechtigkeit vor dem Frieden steht, weil Gerechtigkeit die Vorbedingung des Friedens ist.

Gerechtigkeit beginnt mit den Chancen der Kinder, später einen geachteten Platz im Leben einzunehmen. Nach der Statistik wird Armut jedoch verstärkt erblich .

Sozialarbeiter und Religionslehrer, besonders aus dem Märkischen Viertel, sagen mir, die Zahl von Kindern nehme zu, die auf sich allein gestellt sind, die ungefrühstückt zur Schule kommen und kein Pausenbrot mitbringen. Viele hätten Schwierigkeiten sich auszudrücken, weil daheim zu wenig mit ihnen gesprochen wird. Da ist das Problem, den Eltern zu helfen, den eigenen und den Alltag der Kinder zu strukturieren. Unsere Diakonie hat die Aktion „Familie und Nachbarschaft“ aufgenommen, die wohl vom Senat ausgeht. Dabei werden mehrere junge Familien eingeladen, um mit ihren Kindern einen gemeinsamen Abend vorzubereiten und zu verbringen.

Andererseits müssen die Kinder auch schon einen besseren Start in die Schule bekommen.

Ich bin kein Fan der aktuellen Vorhaben für Steuersenkungen und Kindergelderhöhung. Wenn wir Milliarden freischaufeln können, sollten wir sie in die Bildung stecken. Und die neuen Kindergeldregelungen, fürchte ich, helfen nicht vor allem den Kindern, die es am nötigsten haben. Dazu gehörten auch freies Schulesen, freier Zugang zur Bibliothek oder zur Schwimmhalle.

Wenn unsere Gesellschaft nicht allen unseren Kindern das Gefühl gibt, dass sie geliebt und bejaht werden, wie soll dann die Zukunft aussehen?

*Für das Gespräch bedankt sich
Hans Schuster*



*Frau Beate Hornschuh-Böhm leitet seit 2008 als Superintendentin den Kirchenkreis Reinickendorf. Zuvor war sie 17 Jahre Pfarrerin in der evangelischen Kirchengemeinde S c h ö n o w - Buschgraben. Sie ist verheiratet und hat drei inzwischen erwachsene Kinder
Foto: privat*

Der Kirchenkreis Reinickendorf umfasst über 70 000 Gemeindeglieder in 19 Gemeinden und entspricht flächenmäßig dem Bezirk Reinickendorf.

Neben der Seelsorge leistet der Kirchenkreis umfangreiche Sozialarbeit. Es gibt mehrere Diakoniestationen und kirchliche Altenpflegeeinrichtungen.

Ein Schwerpunkt ist die Kinder- und Jugendarbeit. Ein Kreisjugendkonvent wurde gegründet, der die Jugendarbeit der Gemeinden vernetzt und zentrale Aufgaben für die Jugendarbeit wahrnimmt.

Die Gemeinden im Kirchenkreis unterhalten sechs Lebensmittel-Ausgabestellen „Laib und Seele“ für Bedürftige. In Hermsdorf werden fünfmal in der Woche zwölf Übernachtungen für Wohnungslose angeboten.

Eine große Rolle spielt die Arbeit mit den Häftlingen der Justizvollzugsanstalt Tegel.

Zentrale Aufgaben des Kirchenkreises sind in der Arbeitsstelle für Gemeindeberatung zusammengefasst, die zugleich dem Kirchenkreis arbeitet und die Tätigkeit der Gemeinden unterstützt. Die Arbeitsstelle umfasst u.a. die Arbeitsgebiete Gemeindeberatung, Arbeit mit Kindern und Jugendarbeit, Kita-Fachberatung und Seniorenarbeit .

Warum DIE LINKE?

Nach knapp zweijähriger SPD-Mitgliedschaft bin ich dort ausgetreten, weil mir die Sozialdemokraten nicht mehr sozial genug waren und sind. Nach fast einjährigem Abwägen, welche Partei am ehesten meine politischen Überzeugungen vertritt, stand für mich fest: Es ist **DIE LINKE**.

Wenn man eine andere, bessere Politik möchte, genügt es nicht, alle paar Jahre zur Wahl zu gehen. Man muss auch aktiv mitwirken. Seit August 2009 bin ich Mitglied der Partei **DIE LINKE** und am 5. Oktober von der Mitgliederversammlung in den Reinickendorfer Bezirksvorstand gewählt worden.



Meine politischen Schwerpunkte sind Bildung, Jugend und Soziales. Diese drei Themen mit der Gewichtung auf Jugendpolitik sind mir deshalb wichtig, weil die örtliche und soziale Herkunft immer noch ein Hindernis für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ist. Diese Hemmnisse müssen überwunden werden!

Viele Parteien werben damit, dass „die Jugend unsere Zukunft ist“, aber sie handeln nicht danach. Nur **DIE LINKE** bietet für mich ein ausgewogenes Programm, „damit es in unserem Land wieder gerecht zugeht“.

Barbara Odebrecht

Mehr Informationen zum Bezirksvorstand und zum Arbeits- und Aktionsplan unter:
www.die-linke-reinickendorf.de/partei/vorstand/

Ein Brief des Parteivorstandes „An die Mitglieder der Partei DIE LINKE“ auf unserer Homepage www.die-linke-reinickendorf.de

Neuer Bezirksvorstand der LINKEN gewählt

Am 5. September wählte die Mitgliederversammlung der **LINKEN** Reinickendorf einen neuen Bezirksvorstand. Alter und neuer Bezirksvorsitzender ist der 27-jährige Tegeler Jurastudent Yusuf Dogan.

Außer ihm gehören dem neuen Bezirksvorstand an: Gabriele Bailly, Marion Lubina, Barbara Odebrecht sowie Dr. Klaus Gloede, Michael Rohr und Jürgen Schimrock.

Ein ambitionierter Arbeits- und Aktionsplan wurde bereits beraten und beschlossen. Er umfasst den Zeitraum bis zu den Kommunalwahlen 2011 und wird allen Mitgliedern und Interessierten vor- und zur Diskussion gestellt.

Ziel der politischen, inhaltlichen und personellen Ausrichtung wird sein, dass **DIE LINKE** Reinickendorf in Fraktionsstärke in die Bezirksverordnetenversammlung einzieht.

Impressum
Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei **DIE LINKE**,
V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: **DIE LINKE**, Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel
Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
redaktion@die-linke-reinickendorf.de

Am Rande

Wer dreimal lügt...

Was hatten sie getönt: „*Dass Banken, und das ist mein Hauptziel, nie wieder in der Lage sein dürfen, Staaten zu erpressen... Wir müssen überlegen, wie wir die Kosten auch fair verteilen. Von Deutschland favorisiert wird hier eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer,*“ Angela Merkel, CDU. „*Einen Blankoscheck zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kann es nicht geben*“ Guido Westerwelle, FDP. – Vor der Wahl! Und nach der Wahl!

Trotz Anstieg der Staatsverschuldung um 53,5 Milliarden Euro, dazu Bürgschaften in Höhe von 66 Milliarden - kein Wort im Koalitionsvertrag. Keine Sonderabgabe, keine Finanz-Transaktionsteuer. Letztere würde bei minimaler Erhebung von 0,05 Prozent pro Transaktion jährlich 27 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen, wäre technisch sofort machbar und würde Spekulationen zumindest teilweise verhindern. Schwarz-gelbes Verständnis von Gerechtigkeit: Nicht jeder Verursacher muss für angerichteten Schaden aufkommen, und schon gar nicht, wenn es Banken sind.

Eine Beteiligung der Banken an den Krisenlasten ist nicht gewollt, statt dessen Appelle an Freiwilligkeit, behauptete Befürchtungen, dass Investitionen ausblieben. Die vor den Wahlen geheuchelte Empörung hatte Erfolg, die Banker, die Vermögenden, die Milliardäre des Landes auch. Arbeitnehmer, die Rentner und Kranken, die Studenten und Schüler sind neese. Sie werden verarscht und die Zeche zahlen.

Einige Banken machen schon wieder Milliarden-Gewinne, zahlen Boni aus. Das Casino geht weiter, bis zum nächsten Crash. Das Kapital hat triumphiert, der Staat wird verramscht - und das Ganze dann als „*Neue Soziale Marktwirtschaft*“ verkauft. Jürgen Schimrock

Termine

Das **Bundeswehrmandat für den Krieg in Afghanistan** soll Anfang Dezember verlängert, ggf. ausgeweitet werden. Vom 20. - 28. November werden dazu **bundesweit Abstimmungen** mit einem einheitlichen Wahlzettel durchgeführt. **DIE LINKE** beteiligt sich daran. Abgestimmt werden kann u.a. im Roten Laden und an Infoständen. Mehr Infos : www.afghanistandemo.de